

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1874**

23 (28.1.1874)

# Beilage zu Nr. 23 der Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 28. Januar 1874.

## Badischer Landtag.

• Karlsruhe, 26. Jan. 23. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (S. gestr. Hauptblatt.)

Vor der Berathung der einzelnen Titel des Budgets des Ministeriums des Innern nimmt der Abg. Hug das Wort: Redner will den Wunsch aussprechen, daß die Verwaltungsorganisation der Kreisversammlungen u. abgeschafft werde, da der große Verwaltungsapparat mit den Beständen in keinem Verhältnisse stehe; die Erfüllung der gesetzten großen Aufgaben scheitert meist an der Scheu vor den Kosten. Während die Kreisverfassung einen Verwaltungsaufwand von gegen 4000 fl. in den einzelnen Kreisen verursache, könne der Staat, wenn er diese Funktionen auf sich nähme, dieselben mit viel weniger Kosten ausführen; da ferner der Landtag in politischer Beziehung beschränkt worden sei, so könne er recht gut die Thätigkeit der Kreisversammlungen mit übernehmen; endlich geniesse die Kreisverbände und besonders die Kreisumlagen durchaus keine Popularität.

Abg. Blum: Redner sei überrascht, daß dieser Gegenstand ganz unvorberichtet hier in die Debatte geworfen werde; zwar sei er selbst nicht in allen Punkten mit der Kreisverfassung einverstanden, aber doch könne man nicht im ganzen Umfang so darüber aburtheilen. Die Verwaltungskosten seien durchschnitlich nicht so hoch, wie der Redner angegeben habe, sie betragen vielmehr in gewissen Kreisen nur ein Viertel oder die Hälfte der angegebenen Summe. Der Redner habe nicht klar ausgesprochen, ob er die Selbstverwaltung ganz aufheben wolle, und überhaupt sei die jetzige Gelegenheit der Erörterung sehr ungünstig gewählt, da man die Zeit dazu gar nicht habe und der Weg der Motion der allein korrekte sein würde.

Staatsminister Dr. Jolly: Der allhergebrachten Sitte, bei der Berathung des Budgets einzelne Verwaltungsfragen zu erörtern, entspreche nicht das Vorgehen, mit dem Budget nicht zusammengehörige Gegenstände in die Debatte hinein zu werfen, vage Wünsche auszusprechen, welche bei dem weniger Urtheilsfähigen ein schlechtes Licht über eine Institution zu verbreiten geeignet seien. Da die Kreisverfassung erst seit einem Jahrzehnt bestehe, so könne sie noch keine vollkommene Entwicklung angenommen haben, während sie überall im Fortschreiten begriffen sei und in gewissen Kreisen eine sehr segensreiche Entwicklung gefunden habe, besonders auch im Kreise Konstanz, wenn auch diese Wirksamkeit gerade dem Abg. Hug und seiner Partei kein großes Vergnügen mache, was jedoch eine Abschaffung des ganzen Instituts nicht rechtfertige. Bei der Einführung derselben nahm diese Partei das erste Mal die Gelegenheit wahr, gewissermaßen eine Heerschau abzuhalten; da dieselbe aber zu ihrem Nachtheil ausfiel, so hat sie seitdem immer Einwendungen gegen die ganze Organisation gemacht, welche ein wichtiges Glied unserer Verwaltung ist und nicht so nebenher mit ein Paar Worten abgethan werden kann.

Abg. Hug als persönliche Bemerkung: Nicht Partei-rücksichten haben ihn bestimmt, den Wunsch auf Beseitigung der Kreisorganisation auszusprechen; derselbe werde von allen Parteien des Landes getheilt. Auch persönliche Gründe hätten ihn nicht geleitet; er habe im Gegentheil in seiner früheren Thätigkeit als Bediensteter der Kreisverwaltung sich stets einer rücksichts- und nachsichtsvollen Behandlung zu erfreuen gehabt und hierfür dem Präsidenten des Kreis-ausschusses in Konstanz beim Abschied seinen Dank ausgesprochen.

Bei Titel II. Vandeskommissäre greift der Abg. Edelmann diese Einrichtung an, welche bei beträchtlichem Aufwand keine großen Erfolge aufzuweisen habe. Jedenfalls könnten die Vandeskommissäre hier am Sitz der Regierung einen viel geeigneteren Wohnsitz haben.

Staatsminister Dr. Jolly: Wenn der Redner von der Thätigkeit dieser Beamten noch nicht viel wahrgenommen habe, so sei dies erklärlich, da hiervon hauptsächlich die betr. Dienstbehörde berührt wird, es ist derselben aber diese Beamtenklasse als Aufsichts- und Vollzugsorgan schlechters nicht unentbehrlich. Diesen Beamten hier ihren Wohnsitz nehmen zu lassen, würde nur eine Verschlechterung der Organisation herbeiführen, während sie dann hier sich lediglich als Mitglieder eines Regierungskollegiums fühlen würden, komme es jetzt gerade darauf an, daß sie zuverlässige Eindrücke von außen empfangen und so die Verbindung des Ministeriums mit dem ganzen Lande aufrecht erhalten, auch kann man einem Beamten keine regelmäßige Thätigkeit im Kollegium zuweisen, wenn er jederzeit bereit sein muß, bei bestimmten Vorkommnissen sich an Ort und Stelle zu versetzen; auch die Kosten würden durch den Wohnsitz aller Vandeskommissäre hier nur noch vermehrt werden.

Abg. Friderich: Der direkte und rasche Verkehr der Vandeskommissäre mit den Bezirksbeamten, den Bezirkseräten u. s. w. biete sehr viele Vortheile und ihre Beseitigung würde die Verwaltung schwer schädigen.

Abg. Edelmann: Gewisse Reden dieser Beamten, z. B. beim Erscheinen eines altkatholischen Geistlichen, würden besser unterbleiben.

Staatsminister Dr. Jolly: Mit der letzten Bemerkung rückt der Redner seiner eigentlichen Absicht etwas näher; wenn er damit den Vorwurf eines Mißbrauchs der Staatsgewalt, ein Ueberschreiten der Befugnisse dieser Beamten unterstellen wolle, so müsse solchen allgemeinen Verdächtigungen ohne Anführung bestimmter Thatfachen, welche nur

zur Herbeiführung widerwärtiger Auftritte geeignet seien, auf das Entschiedenste entgegen getreten werden.

Bei Titel V. „General-Landesarchiv“ will der Abg. Henning als einen Mißstand hervorheben, daß keine Akten von dort aus dem Hause gegeben werden. — Staatsminister Dr. Jolly erwiedert, es liege auf der Hand, daß dem Wunsche der Ueberlassung von Akten an Privatpersonen zur Benutzung außerhalb der Diensträume nicht entsprochen werden könne.

Abg. Morstadt zu Tit. VI. „Polizei“: Auf dem vorigen Landtag habe ich mich bei dieser Position erhoben, um eine Unzufriedenheit über die polizeilichen Zustände der hiesigen Residenz auszudrücken. Ich resumirte damals, daß es wohl das Beste wäre, wenn man den Gemeinden die Polizei zurückgäbe und sie dann in der Lage wären, selbst für ihre Sicherheit sorgen zu können. Zwar erwiederte mir damals der Herr Staatsminister, daß dies gar keinen Anstand habe und man den Gemeinden auf erstes Verlangen die Verwaltung der Polizei überlassen werde. Allein bei Karlsruhe scheint es wenigstens einen Anstand zu haben, denn als der Gemeinderath sich nach den Bedingungen erkundigte, unter welchen die Rückgabe erfolgen würde, so erhielt er vom Großh. Ministerium des Innern die Antwort, daß davon vorerst keine Rede sein könne. Dagegen hat das Ministerium meinem Wahlbezirk, der Stadt Lahr, deren Polizei unverlangt und gegen deren Willen zurückgegeben, so daß man dort sehr unzufrieden war. Ich denke aber, nachdem man in Lahr den größten Kostenaufwand überwunden hat, wird man mit der Selbstaussübung der Polizei ganz einverstanden sein, denn meines Erachtens ist sie durch das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz eine Nothwendigkeit für die Gemeinden geworden. Ich wollte diesen Fall nur erwähnen, um zu zeigen, wie gefährlich es unter Umständen werden kann, hier einen Wunsch zu äußern. Um auf die Polizei, und zwar auf die hiesige Polizei zurückzukommen, so freut es mich hier konstatiren zu können, daß sich die Verhältnisse sehr gebessert haben und der Zustand der öffentlichen Sicherheit hier im Allgemeinen ein befriedigender ist. Ich muß anerkennen, daß von Seiten des damaligen Polizeiamtmanns und seiner Beamten das Mögliche geschieht und daß die Polizeimannschaft jetzt aus meist jüngeren Kräften besteht, welche den Dienst mit Pflichttreue und Energie besorgen. Jene phantastischen Nachtwächter, welche mein verehrter Kollege Rang von Karlsruhe bei der letztmaligen Diskussion gegen mich zur Hilfe rief, existiren zwar auch heute noch nicht in der Wirklichkeit und darum wird hier und da noch immer von Zeit zu Zeit in der Nacht ein Gartengeländer zerstört oder Unfug geübt, allein wir haben zur Verstärkung der Nachtpatrouillen das Personal bereits namhaft vermehrt und sind im Begriff, beim Ausschuss morgen eine abermalige Vermehrung zu beantragen, so daß wir uns dann hoffentlich einer vollkommenen Sicherheit hier erfreuen und den Revolver wieder ins Futteral stecken können.

Wenn es nur auch möglich wäre, die wackeren Leute, welche für unsere Sicherheit wachen, ihrem überaus harten Dienste entsprechend, auch ordentlich zu bezahlen. Aber trotz kleiner Aufbesserungen und den Wohnungsgeldzuschüssen, die für sie vorgesehen sind, ist bei diesen, wie eben bei allen niedern Bediensteten die Zulage nicht im Verhältnisse mit der Thuerung aller Lebensbedürfnisse. Die Noth ist darum in diesen Kreisen sehr groß. Ich weiß hier einen Fall, wo ein braver, nützlichere Mann, weil er in Gottes Namen 8 Kinder hat, schon das ganze, geringe Vermögen seiner Frau aufzehren mußte. Beim länglichen Leben will es eben nirgends reichen und Abends muß der arme Mann, der erst eine Krankheit überstanden hat, mit einer leeren Suppe auf die Nachtwache ziehen und ist dabei nur alle drei Nächte eine Nacht dienstfrei. Das ist gewiß hart.

Ein Jugendfreund von mir, der sich in einer schwachen Stunde ebenfalls dem Dienste der heiligen Hermannabweiße, wurde kürzlich wegen seiner Brauheit und Brauchbarkeit zum Sergeanten befördert, dabei aber in eine Stadt verlegt, wo es ihm absolut unmöglich ist, aus seinem Gehalt mit seiner Familie zu leben, weil die Wohnungsmiethen dort enorm sind und mit dem Wohnungsgeldzuschuß die wirklichen Kosten nur zu etwa 1/3 gedeckt werden könnten. So mußte er seine Familie am früheren Wohnort zurücklassen, und ist genöthigt, getrennt von ihr zu leben.

Das sind doch gewiß trostlose Zustände. Wie es den Polizeibedienern geht, so geht es den Gendarmen und allen ähnlichen Bediensteten, und das Altruistischste ist, daß da vorerst nicht ganz abgeholfen werden kann. Die Budget-Kommission erklärte mir, daß von einer weiteren Besserstellung der großen Zahl der niedern Bediensteten keine Rede sein kann ohne Steuererhöhung, und von einer solchen will man im Lande nichts wissen. Ich enthalte mich deshalb auch, irgend einen Antrag zu stellen, allein ich wollte mir doch erlauben, diese Nothlage zur Sprache zu bringen und mein Bedauern auszusprechen, daß wir nicht in der Lage sind, dieselbe schon jetzt wesentlich zu verbessern.

Abg. Lauter: Wenn der Gemeinderath von Karlsruhe allerdings die betr. Anfrage gestellt habe, so sei er mit der erhaltenen Antwort sehr zufrieden und werde keine derartige Anfrage wiederholen.

Staatsminister Dr. Jolly: Redner wolle in gleicher Weise dem wackeren Polizeikorps, welches mit Takt und

Eingebung seine schwierige Aufgabe erfülle, vollste und dankbare Anerkennung zollen. Es handle sich aber um ein Personal von vielen Tausenden, und auch eine geringe Aufbesserung sei ohne eine Steuererhöhung nicht möglich. In kleineren Städten, wo die Verhältnisse einfach liegen, ist die Ueberweisung der Polizei an dieselben leicht thunlich, die großen Städte aber haben gar keine Neigung zur Uebernahme, und würden hierfür auch verschiedene Gesetzesänderungen vorhergehen müssen.

Abg. Fischer: Auch in Freiburg wünsche man die Uebernahme der Polizei auf die Stadt nicht, doch sei vielleicht eine Trennung in eine Schutzmannschaft und eine Ordnungsmannschaft gerathen und die letztere der Gemeinde etwas mehr zur Verfügung zu stellen.

Abg. Friderich: Da der Staat einen Theil der Kosten der Polizei in den großen Städten trage, so würde eine Ueberweisung an dieselben nicht ohne Vortheil für den Staat sein, wenn nicht ein anderes Interesse für ihn maßgebend wäre. Den Wünschen des Abg. Morstadt für die Besserstellung der Polizeibeamten würde am besten aus den Mitteln der großen Städte selbst, z. B. in der erwähnten morgenden Bürgerausschuss-Sitzung durch eine entsprechende Bewilligung entsprochen werden.

Abg. Lenz: Auch in Pforzheim sei man mit der jetzigen Einrichtung und dem betr. Personal zufrieden; nur in Betreff des schnelleren Einschreitens der Polizei und in der besseren Ordnung der Kompetenzgrenzen zum Gemeinderath machen sich Wünsche geltend.

Abg. Lauter: Nicht aus Erparnisgründen sei man für den jetzigen Zustand, sondern weil der Staat in seinem Interesse und in dem der Stadt für die Ausübung der Polizei geeigneter sei; übrigens zahle die Staatskasse in Karlsruhe nur von 37 Polizeibeamten die Hälfte der Kosten, während die Zahl derselben morgen auf 57 gebracht werden solle, und die Städte also von 20 derselben die Kosten allein trage.

Abg. Sachs von Heidelberg: Die Budgetkommission habe sich mit den Verhältnissen der niederen Diener sehr eingehend beschäftigt, mit Rücksicht auf die Erhebungen in der vorigen Budgetperiode aber und auf die Gewährung der Wohnungsgelder daß sie sich jetzt nicht in der Lage, noch eine weitere allgemeine Aufbesserung zu beantragen.

Staatsminister Dr. Jolly: Redner wolle hier, wo es sich um die Bezirksverwaltung handle, Gelegenheit nehmen, immer und immer wieder auftretenden Gerüchten entgegen zu treten, wozu die Regierung die Absicht haben solle, noch weitere Bezirksämter aufzuheben. Die Regierung hat seit zwei Jahren nie daran gedacht und denkt auch jetzt nicht daran.

Abg. Friderich: Es werde so oft von dem gewaltigen Einfluß der Bezirksbeamten auf die Bürgermeister bei den Wahlen gesprochen, und doch sei dies durchaus ungerechtfertigt, wenn man bedenkt, daß die Bürgermeister aus direkter Wahl hervorgehen und die Regierung i. Z. auf das Bestätigungsrecht verzichtet hat. Auch haben ja erst in jüngster Zeit ganz große Gemeinden oppositionell gewählt; überhaupt sind aber die Gemeindebeamten dagegen in Schutz zu nehmen, daß sie sich von den Bezirksbeamten beeinflussen lassen.

Abg. Jungmanns: Man möge in dieser Beziehung keine Schönfärberei treiben; es sei vorgekommen, daß Polizeibediener mit Wahlzetteln herumgeschickt wurden; das sei doch eine starke Beeinflussung. (Zuruf: „Auf der Kanzel und im Beichtstuhl!“)

Abg. Sachs von Konstanz: Eine Behauptung der „Freien Stimme“, ein Bezirksbeamter habe die Bürgermeister amtlich zur Beforgung guter Wahlen aufgefordert, habe den Redner veranlaßt, sich bei jenem Blatte nach dem Namen dieses Beamten zu erkundigen; die betr. Redaktion habe aber den Beweis für die lügenhafte Behauptung nicht erbringen können und stelle sich dieselbe demnach, wie so oft, nur als eine allgemeine grundlose Verdächtigung dar.

Abg. Förderer: Was von der Kanzel geschehe, sei leicht zu kontrolliren, und der Beichtstuhl habe mit den Wahlen gar nichts zu thun. Daß das Gegentheil der Fall sei, sei eine lächerliche Behauptung. Dagegen habe z. B. der Bezirksbeamte von Rastatt den versammelten Bürgermeistern Wahlzettel seiner Partei eingehändigt und der Amtmann von Emmendingen habe die Bürgermeister kommen lassen, um sie zur Wahl Morstadt's zu bestimmen; das seien in den Blättern angeführte Thatfachen, denen nicht widersprochen worden sei.

Staatsminister Dr. Jolly: Wenn alle falschen Behauptungen der ultramontanen Blätter widerlegt werden sollten, so würde man damit eine große Anzahl von Beamten beschäftigen müssen; aus jenen Zeitungsartikeln folge nichts. In Betreff des Amtsvorstandes in Rastatt könne Redner aber selbst der Anschuldigung auf das Bestimmteste widersprechen.

Abg. Martin: In Waldbühl seien durch einen Geistlichen dem Gemeindevorstande die liberalen Wahlzettel, welche er austragen sollte, mit ultramontanen vertauscht worden, wodurch noch die Täuschung hergestellt werden sollte, dieselben würden im Auftrage des Bürgermeisters ausgegeben.

Abg. v. Busch: Wenn der Bezirksbeamte auch als Privatmann handle, so rage doch dabei immer der Oberamtmann hervor.

Abg. Fischer: Vom Einfluß des Beichtstuhls zu spre-

30 fl.  
50 fl.  
215 fl.  
s unbed.  
Georg  
mit der  
ens hie  
melden  
8 951  
gemacht

19 fr.  
57 fr.  
53 fr.  
32 fr.  
82 fr.  
ge zu

n ein  
siegel,  
sion

gähig-

n.

1901  
in IL,  
beden,  
anges

emar-  
ntant  
aus  
gende  
ngen,  
gen I.,  
änen-  
jenes  
hüter  
Dec-

innen  
sind-  
arge-

ungs-  
nen-  
36.  
über  
ubige  
rtgen  
darf,  
von  
ung-  
ihret

über  
tiger  
mit  
fort.  
10 fl.  
Bem-

Vor-

men-

